

## Beschlussvorlage

## Drucksache Nr. 2017/001

Beratungsfolge			Abstimmung			
Gremium		Datum		Ja	Nein	Enth
Gemeinderat	öffentlich	30.01.2017	Beschlussfassung			

### **Geschäftsführung Wieland-Stiftung - Vorzeitige Behandlung der Anträge der Fraktionen (AT 2017/001, AT 2017/002 und AT 2017/004)**

#### **I. Beschlussantrag**

Über die aktuellen Anträge zur Wieland-Stiftung (AT 2017/001, AT 2017/002 und AT 2017/004) soll schnellstmöglich entschieden werden. Auf eine Einhaltung der Sperrfrist von 6 Monaten, die nach § 34 Abs.1 Satz 6 Gemeindeordnung (GemO) einzuhalten wäre, wird daher verzichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, in die inhaltliche Prüfung einzutreten mit dem Ziel, das Thema in der nächsten Sitzungsrunde zur Entscheidung zu bringen.

#### **II. Begründung**

Gemäß § 34 Abs. 1 S. 4 GemO ist auf Antrag einer Fraktion oder eines Sechstels der Gemeinderäte ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderats zu setzen. Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat (vgl. Satz 6 zu § 34 GemO). Diese Missbrauchsklausel soll die Arbeitsfähigkeit des Gemeinderates sichern.

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 21.11.2016 – Drucksache Nr. 2016/070 – wurde der Verhandlungsgegenstand „Aufstockung der Geschäftsführerstelle Wieland-Stiftung“ auf Antrag der CDU behandelt. Die neuen Anträge der Fraktionen behandeln mit unterschiedlichen Ansätzen ebenfalls dieses Thema. Formal greift daher die Sperrfrist. Die Anträge dokumentieren jedoch Interesse einer breiten Gemeinderatsmehrheit, dieses Thema zeitnah erneut zu behandeln. Daher schlägt die Verwaltung vor, dass der Gemeinderat per Beschluss ein Abweichen von der Sperrfrist beschließt. Damit würde auch dokumentiert, dass kein Gemeinderatsmitglied sich in seinen Mitgliedschaftsrechten verletzt sieht und somit nicht die Gefahr eines Kommunalverfassungsverfahrens besteht.

Werner

AT 2017-001- Antrag der CDU-Fraktion

AT 2017-002 - Antrag der Grünen- und FDP-Fraktion

AT 2017-004 - Antrag der SPD-Fraktion